



09.411 n Pa.Iv. Rickli Natalie. Kompetenz für Radio- und Fernsehgebühren beim Parlament

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 22. Februar 2010

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 22. Februar 2010 die von Nationalrätin Natalie Rickli am 19. März 2009 eingereichte parlamentarische Initiative vorberaten.

Die Initiative verlangt, die Kompetenz zur Festlegung der Radio- und Fernsehgebühren dem Parlament zu übertragen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben.

Eine Minderheit (von Rotz, Binder, Föhn, Giezendanner, Miesch, Rickli Natalie, Schenk) beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Berichterstattung: Fehr Jacqueline (d), Germanier (f)

Im Namen der Kommission
Der Präsident: Max Binder

- [1. Text und Begründung](#)
- [1. 1. Text](#)
- [1. 2. Begründung](#)
- [2. Stand der Vorprüfung](#)
- [3. Erwägungen der Kommission](#)

1. Text und Begründung

1. 1. Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:
Artikel 70 RTVG ist wie folgt zu ändern:

Art. 70
Abs. 1

Die Bundesversammlung bestimmt auf Antrag des Bundesrates die Höhe der Empfangsgebühr. Sie berücksichtigt dabei den Bedarf für:

...

Abs. 2

Sie kann ...

Abs. 3

Sie berücksichtigt bei ihrem Entscheid ...

1. 2. Begründung

Heute liegt die Kompetenz zur Festsetzung der Radio- und TV-Empfangsgebühren beim Bundesrat. Die Entwicklung der Gebührenhöhe zeigt, dass der Bundesrat regelmässig auf die Forderungen der SRG eingegangen ist, während die Interessen der Gebührenzahler kaum berücksichtigt worden sind. Punkt Gebührenhöhe nimmt die Schweiz heute europaweit einen Spaltenplatz ein. Die SRG hat bereits eine Gebührenerhöhung für 2011 gefordert.

Während ein Haushalt anno 1990 noch Fr. 279.60 für den Radio- und TV-Empfang zu entrichten hatte, lag der geschuldete Betrag für den privaten Empfang im Jahr 2007 bereits bei 462 Franken.

Vor dem Hintergrund, dass die SRG ihre Programme in den vergangenen zwanzig Jahren immer mehr auf Bereiche ausgedehnt hat, welche direkt private Anbieter konkurrenzieren (DRS 3, Radio Virus, Unterhaltungsprogramme usw.), und zudem diverse neue Sender lanciert hat, ist diese massive Erhöhung der Empfangsgebühren unverständlich.

Den Interessen der Gebührenzahler und Konsumenten ist besser Rechnung zu tragen.

Darum muss die Kompetenz über die Gebühren bei den Volksvertretern, also beim Parlament, liegen.

2. Stand der Vorprüfung

Die Kommission hat die Initiative am 22. Februar 2010 vorberaten.

3. Erwägungen der Kommission

Die Kommission will die Unabhängigkeit der Medien bewahren, insbesondere jene des grössten und dominantesten Mediums des Landes. Sollte das Parlament über die Gebühren der SRG entscheiden, so sieht sie dieses als strukturell überfordert. Das Parlament als demokratisches Organ würde zu sehr auf Einzelinteressen und politische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Die Folge wäre ein Eingriff in die Programmfreiheit der SRG. Auch könnte durch die Gebührenkompetenz des Parlamentes nicht mehr Nähe zur Bevölkerung geschaffen werden, diese bestehe bereits durch verschiedene Gremien wie Publikumsrat und Regionalvertretungen. Weiter spielt die SRG für die Kohäsion des Landes eine grosse Rolle. Von 100 Gebührenfranken, die in der Deutschschweiz bezahlt werden, gehen 40 Franken an die Romandie und das Tessin. Auch hinsichtlich der Rücksichtnahme auf die vier Kulturen in unserem Land sei der Bundesrat als Exekutivorgan am besten geeignet, die Gebühren der SRG festzulegen.

Eine Minderheit der Kommission ist der Meinung, dass die Gebühren der SRG tiefer wären, würden diese durch das Parlament festgelegt. Durch seine Volksnähe sei es dazu prädestiniert. Sie argumentiert weiter, dass nur 30 Prozent der Bevölkerung SRG-Programme schauen würden, 70 Prozent würden ausländische Programme konsumieren. Dafür braucht es nicht 1,3 Milliarden Franken an Gebühren. Auch müsste für die Minderheit das Angebot der SRG an Programmen nicht so gross sein. Hingegen plädiert auch sie für die Notwendigkeit von Programmen für die verschiedenen Sprachregionen.